

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/73

19. April 1971

Londons EWG-Beitritt vor der Entscheidung

Warnung vor starrem Zeitzwang in den  
Verhandlungen

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 59 Zeilen

100 Jahre Reichsverfassung

Historisch-politische Betrachtungen eines  
Demokraten

Von Peter Säckl SPD-MdB

Seite 3 und 4 / 65 Zeilen

Berlin ist kein Parteithema

Notwendige Feststellungen zu einem  
Kardinalproblem

Seite 4a / 42 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Heimatvertriebene und Ostpolitik

Von Dr. Otto von Habsburg"

Seite 5 und 6 / 74 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9153  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 888 847-36  
Telex: 888 848-888 847/  
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

London's EWG-Beitritt vor der Entscheidung

---

Warnung vor starrem Zeitzwang in den Verhandlungen

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Diskussion über den britischen EWG-Beitritt nähert sich den entscheidenden Wochen, in denen die Würfel über Erfolg oder Mißerfolg fallen sollen. Das ist wenigstens der erklärte politische Wille der meisten Beteiligten. Die Briten wollen nicht mit leeren Händen vor die Herbstkongresse der Konservativen und der Labourpartei und der Gewerkschaften treten. Die meisten EWG-Politiker, insbesondere die Bundesregierung wollen den Durchbruch bis zum Sommer erzwingen, ehe der politische Impetus der Beitrittsverhandlungen in Routine zu versanden droht. Der Beschluß des Ministerrates, das EWG-Verhandlungsangebot an England bis zum 11. Mai zu formulieren, ist ein gutes Zeichen.

Dennoch bleibt Skepsis geboten. Demokraten entscheiden selten rechtzeitig, Brüssel stets zu spät. Allein der Katalog der noch zu lösenden Beitrittsprobleme läßt Zweifel aufkommen, ob bis zum Mai-Termin alles klar ist. Denn der Teufel steckt im Detail. Die Details - neuseeländische Butter, karibischer Zucker, die Agrarfinanzierung - drängen sich verständlicherweise sehr in den Vordergrund.

Hinzu kommt eine unübersehbare Akzentuierung der französischen Haltung. Neue Fragen werden aufgeworfen. So die Problematik des Pfund Sterling als Leitwährung, verbunden mit der hohen britischen Verschuldung und der aktuellen Funktionsweise des Weltwährungsfonds. Es ist schwer einzusehen, wie detaillierte, ja peinliche Debatten über diese Fragen vor dem Abschluß der Beitrittsverhandlungen verhindert werden können, selbst wenn man es wollte. Denn natürlich geht es bei den Beitrittsverhandlungen nicht nur um die großen politischen Leitlinien der europäischen Politik, sondern auch um handfeste ökonomische nationale Egoismen.

Die Brüsseler Verhandlungsmechanismen haben bisher unübersehbar ergeben, daß derjenige, der etwas fordert, also den status

quo anzweifelt, stets in einer prekären Position ist. Wenn er sich dann zusätzlich unter zu enge Terminzwänge stellt, wird seine Position noch komplizierter. In dieser Gefahr sind alle diejenigen, die echte Befürworter des britischen Beitritts sind. Denn ihre Position wird auch nicht dadurch gestärkt, daß ein Scheitern dieser Beitrittsverhandlungen unübersehbare Spuren am Körper der Gemeinschaft hinterlassen würde. Zu enge Zeitzwänge würden nämlich wahrscheinlich so wirken, daß die Briten "Nein" zum unzureichenden EWG-Angebot sagen würden, und daß uns nicht genügend Zeit bliebe, intern in der EWG möglichst lautlos, aber umso wirksamer auf unsere Partner einzuwirken und politischen Druck anzusetzen.

Es muß bis zum 11. Mai hart und mit allem Nachdruck verhandelt werden. England muß in die EWG hinein. Sonst bleibt Europa schwach und geteilt und ohne wesentliche demokratische Impulse. Sonst wird die Basis unserer Friedenspolitik gegenüber Osteuropa infrage gestellt. Sonst ist die EWG der Sechs auf Dauer geschwächt. Das bedeutet aber, daß wir ein gutes Ergebnis und unübersehbare Fortschritte des britischen EWG-Beitritts bis zum Sommer wollen und politisch brauchen, daß dieses Datum aber nicht den abschließenden Erfolg oder Mißerfolg dieser entscheidenden Verhandlungen allein bestimmen darf. Nur den Gegnern des britischen EWG-Beitritts in England wie innerhalb der EWG nutzt eine zu starre Terminfixierung für ihr Ziel, die Beitrittsverhandlungen scheitern zu lassen.

Eins muß allerdings mit allem Nachdruck klar sein: Wenn einer der EWG-Partner durch Zeitverzögerung, Obstruktion oder ungerechtfertigte Forderungen an die Briten die Erweiterung blockieren will, dann muß er wissen, daß er damit die Frage der Zukunft der EWG selbst stellt. Das hat die Bundesregierung immer wieder für jeden unübersehbar deutlich gemacht.

(-/ ee/19.4.1971 bgy)

+ + +

100 Jahre Reichsverfassung

Historisch-politische Betrachtungen eines Demokraten

Von Peter Säckl SPD-MdB

Am 16. April 1971 hat sich zum 100. Mal der Erlaß der Bismarckschen Reichsverfassung geöhrt. Bewußt hat die 1871 Macht ausübende Oberschicht diesen Tag rasch vergessen lassen zugunsten der Kaiser-Proklamation vor Fürsten, Hofbeamten und Offizieren in Versailles am 18. Januar 1871. Die wachsende Betonung monarchisch-militärischen Poms konnte die Untermalung schaffen für einen schon wenige Jahrzehnte später alle innen- und außenpolitische Vernunft und Weitsicht mißachtenden Chauvinismus.

Während die Kaiserproklamation unsere Generation unberührt läßt, haben im parlamentarischen Ringen gegen die reaktionäre Konzeption dieser Reichsverfassung die Führer der Sozialdemokratie, vor allem August Bebel und Wilhelm Liebknecht, Zeichen gesetzt, die noch heute Beachtung verdienen. Die beiden Politiker betonten, daß das Volk von den Fürsten nichts erhoffen könne, sondern, gestützt auf eigene Macht und freie Selbstbestimmung, eine neue, republikanische Verfassung schaffen müßte. Sie forderten die Wiederherstellung der blutig unterdrückten Verfassung von 1848.

Anders als jene bot die Bismarcksche Reichsverfassung von 1871 dem Einzelnen keinerlei Freiheitsgarantien und erwähnte die Grundrechte überhaupt nicht, sondern unterwarf sogar freierlichere Verfassungen anderer deutscher Länder den scharfen preußischen Beschränkungen der Presse- und Versammlungsfreiheit. Die Befugnisse des Reichstages, des einzigen durch allgemeine Wahlen demokratisch legitimierten Verfassungsorgans im ganzen Reich, war gering gegenüber denen des Kaisers, der Reichsregierung und des konservativ-monarchischen Bundesrates. Eine Verantwortlichkeit des Kanzlers oder der Minister gab es nicht,

und sogar das Wahlsystem verhinderte, daß die Zahl sozial-fortschrittlicher Abgeordneter im Reichstag ebenso stark wuchs wie die für ihre Politik abgegebenen Wählerstimmen.

Die Verfassung Bismarcks erscheint als ein Bündnis der preussischen Krone, die die Demokraten von 1848 hatte zusammenschließen lassen, mit denjenigen deutschen Fürsten, die noch nicht ihre Vasallen waren. Nach dem Sieg über Frankreich wollte Bismarck das neue Reich errichten, als Versicherungsanstalt der Fürsten gegen Demokratie. Gegen das Diktat aus dem preußischen Heerlager bei Versailles wagten nur die Sozialdemokraten Widerstand. August Bebel warnte das deutsche Volk, daß es auch nach dem Kriege mit der Einheit Deutschlands keineswegs die Freiheit erhalten werde; jeder Krieg werde nur gegen das Interesse des Volkes geführt; die Einheit des Volkes könne nur erhalten bleiben, wenn sie auch auf Freiheit gegründet sei. Die Geschichte hat ihm in tragischer Weise Recht gegeben.

Rechtskonservative Kreise der CDU wollen heute das zweite Kaiserreich als demokratisch legitim hinstellen, weil das deutsche Volk im Wunsch nach Einheit übereinstimmte. Wer aber eine Verfassung, die dem gewählten Parlament die Macht im Staate vorenthält, und einen Staat, der das Nationalbewußtsein einseitig an eine konservativ-monarchische Ordnung knüpft, demokratisch nennt, wer einen Staat, der auf Verträgen zwischen 22 Fürsten beruht und dessen Organ die Versammlung der fürstlichen Gesandten im Bundesrat ist, als Bundesstaat in die Nähe unserer bundesstaatlichen Ordnung rückt, der stellt seinem eigenen Demokratiebewußtsein ein dunkles Zeugnis aus; er muß sich fragen lassen, wie fest er zu unserer freiheitlich-demokratischen Verfassung steht.

Das Gedenken an die Reichsverfassung dient gleichwohl nicht nur der Mahnung, hat sie doch auch ermöglicht, daß sozial-fortschrittliche Kräfte im Reichstag zusammengingen, daß sie trotz unerbittlicher Verfolgung zunehmend Einfluß gewannen und eine Demokratisierung des politischen Lebens sowie soziale Erleichterungen für die arbeitende Bevölkerung anbahnen konnten.

Der schmerzliche Verlust der Einheit unseres Vaterlandes und die Freiheit, die uns im Westen Deutschlands erhalten blieb, hat uns mehr politische Reife für den schwierigen Weg zur Schaffung der Einheit und zur Festigung der Freiheit Europas gegeben. + + +

Berlin ist kein Parteithema

Notwendige Feststellungen zu einem Kardinalproblem

Mit wachsender Besorgnis wird in Bonner Regierungs- und Koalitionskreisen der Tatbestand verfolgt und festgestellt, daß die CDU/CSU-Opposition das Berlin-Problem immer unverhohlener und immer tiefer in die parteipolitische Auseinandersetzung und Agitation hineinzieht. Das Berlin-Problem, das im Zusammenhang mit den Ostverträgen zu einer kardinalen Frage allererster Ordnung im internationalen Bereich geworden ist, erfordert in der Bundesrepublik eine weitgehend übereinstimmende Beurteilung, wenn wir und der ganze Westen nicht Gefahr laufen wollen, daß sich hier Verwicklungen und Zuspitzungen ergeben, für die dann auf deutscher Seite die Ursachen gesucht werden können und müssen.

Zur großen Bestürzung aller Verantwortlichen zeigt sich, daß die Berlin-Frage in die Landtagswahlkämpfe hineingezogen wird und daß sie sogar zu einem Bestandteil der innerparteilichen Unionsdifferenzen wird. SPD-Politiker sehen mit zunehmender Sorge, daß es gewisse CDU-Gruppierungen gibt, die dieses nationale und jetzt auch internationale Problem allererster Ordnung als eine Chance okkupieren, sich innerhalb der Unionsparteien und innerhalb der bundesrepublikanischen Szene selbst als Politiker zu profilieren. Wer die Meldungen der letzten Tage und Wochen genau verfolgt, in denen Aussagen solcher Politiker wiedergegeben werden, der wird erkennen, daß ein Punkt erreicht worden ist, der die äußerste zulässige Grenze eines derartigen Verhaltens kennzeichnet. Die eindringlich mahnenden Worte, die der Bundeskanzler am Wochenende offiziell zur allgemeinen Information verkünden ließ, sollten überall mit dem Ernst zur Kenntnis genommen und beherzigt werden, der jetzt notwendig wird und ist.

Die sozialdemokratische Politik ist aus der großen Verantwortung heraus, der sie sich verpflichtet fühlt, nach wie vor bemüht, gerade in der Berlin-Frage so viel Übereinstimmung und Gemeinsamkeit wie überhaupt anzubieten und zu erzielen. Die sozialdemokratische Politik sieht mit äußerster Betroffenheit, daß sich Stimmen und Aktionen im Unionslager finden, die diese Übereinstimmung und Gemeinsamkeit um Berlin stören, und daß es sogar Versuche gibt, Berlin zum Startloch für innerparteiliche und innerbundesrepublikanische Wettkämpfe zu machen. Die sozialdemokratische Politik hofft und erwartet, daß Brandts Berlin-Mahnung nützt.

(ee/ee/19.4.1971/bgy)

+ + +

Die aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Heimatvertriebene und Ostpolitik

Von Dr. Otto von Habsburg"

"Der Heimkehrer"/Organ des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißten-Angehörigen Deutschlands e.V./Bonn-Bad Godesberg hat aus dem Klagenfurter Blatt "Die Kameradschaft" diesen Artikel v. Habsburgs nachgedruckt, den wir zur Information im Wortlaut vorlegen.

"Infolge der neuen Öffnung nach dem Osten sind die Vertriebenenverbände der deutschen Bundesrepublik in eine schwierige Lage geraten. Ihre Existenz stört so manchen, insbesondere, da sie zahlreiche Wähler vertreten.

Unter den Abkommen von 1945 sind etwa 15 Millionen Deutsche aus den Ostgebieten in den Westen getrieben worden. Das ging mit unsagbaren Grausamkeiten und totaler Beraubung vor sich. Es war ein echter Fall des Genocidiums, Völkermordes, ein neuer rechtlicher Begriff der UNO, der allerdings nur zugunsten des jeweiligen Siegers zur Anwendung kommt. Typisch dafür ist in unseren Tagen die Ausrottung der Ibo in Nigeria, von der aber U Thant keine Kenntnis nimmt, weil er zu sehr damit beschäftigt ist, im Auftrag der menschenfreundlichen Sowjetunion irgendeinem griechischen oder südafrikanischen "Intellektuellen" nachzuspüren, der angeblich eingesperrt worden ist.

Stalin hatte die Vertreibung ganz bewußt als Teil eines großen strategischen Planes durchgeführt. Da es ihm nicht gelungen war, in Deutschland eine Revolution zu entfachen, wollte er künstlich das Proletariat schaffen, welches den Staat zerstören und damit der Sowjetunion erlauben würde, vorläufig einmal bis an den Rhein als Ordnungsmacht vorzurücken.

Der Diktator hatte allerdings falsch spekuliert. Trotz des unbeschreiblichen Elends waren die Heimatvertriebenen - nicht zuletzt infolge des persönlichen Erlebnisses mit der Roten Armee - gegen den Kommunismus immun geworden. Sie setzten sich sofort an die Arbeit.

So wurden sie der wahre Motor des deutschen Wirtschaftswunders.

Der materielle Erfolg konnte allerdings die seelische Verbundenheit mit der alten Heimat nicht zerstören. Sobald der alliierte Druck in Deutschland nachgelassen hatte, entstanden Vertriebenenverbände. Es kennzeichnete sie ein reges inneres, demokratisches Leben, eine beispielgebende Opferbereitschaft der Mitglieder und ein versöhnlicher Geist, ganz im Gegensatz zu dem hysterischen Geschrei im Osten, es handle sich um revanchistische Organisationen. Ihr Ziel war, friedlich das Recht auf Heimat zu erhalten. Sie waren dazu um so berechtigter, als Deutschland noch immer keinen Friedensvertrag hat und in den Instrumenten von 1945 gesagt wurde, die endgültigen Grenzen des Landes seien einem solchen vorbehalten. Die Verbände waren auch keineswegs politisch eindeutig gekennzeichnet. Sie waren eben ganze Völker im Exil, mit ihrer Rechten, ihrer Mitte und ihrer Linken. So steht noch heute die mächtige Landsmannschaft der Schlesier unter dem Vorsitz eines Sozialdemokraten; aus der gleichen Partei kamen durch viele Jahre die Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, der Dachorganisation der Landsmannschaften.

Seit Moskau erkannt hat, daß die Deutschen aus dem Osten nicht ein revolutionärer Sauerteig, sondern im Gegenteil eine Kraft für den Frieden seien, begann gegen sie eine beispiellose Hetze. Am Anfang hoffte man noch, die Menschen würden aussterben. Als es aber klar wurde, daß die Jungen das väterliche Erbe nicht aufgeben, behaupten die kommunistischen Machthaber und ihre zahllosen Mitläufer im Westen, sie seien Nazi. Es wurde ihnen sogar die Vertreibung angelastet, denn sie sei ein Beweis der Schuld. Insbesondere in Deutschland haben die Massenmedien, die weitgehend zur äußersten Linken gravitieren, mit Lügen, Betrug und bewußter Verfälschung der Texte versucht, zwischen Einheimischen und Neuzugewanderten Feindschaft zu säen.

Trotzdem stellen die Heimatvertriebenen weiterhin ein mächtiges Kräfte-Potential dar. Hetze, Erpressungen und Drohungen haben ihre Einigkeit gestärkt. Man kann auf die Dauer nicht gegen sie regieren, da sie politisch oftmals den Ausschlag geben. Psychologisch wiederum ist es unmöglich in einer Demokratie eine Linie zu verfolgen, die Millionen von Menschen als ungerecht betrachten.

Es handelt sich hier also um ein Problem der friedlichen Ordnung in Europa. Diese kann nicht gegen einen bedeutenden Teil der Bevölkerung geschaffen werden. Eine verantwortliche Ostpolitik, die dauernden Zustand schaffen soll, muß daher mit Einbeziehung der Heimatvertriebenen und unter ihrer aktiven Mitarbeit erfolgen. Jeder Versuch sie auszuschließen, würde über kurz oder lang zu neuen Schwierigkeiten führen." (-/ex/19.4.1971/bgy)